

Kommunales Waldvermögen und sein Potenzial

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Gäste,

Herr Dr. Borchers wird in seinem Beitrag sehr detailliert auf die Geschichte und die Wendungen in der Betriebsform auf die Geschichte der SWS eingehen – hierfür von meiner Seite schon einmal ein ganz herzliches Dankeschön.

Bevor ich jetzt von kommunalem Waldvermögen spreche, lassen Sie mich bitte kurz einen Umweg machen, bevor ich zum eigentlichen Thema komme.

Die Gebietsreform in Hessen fand in den Jahren 1969 bis 1979 statt. Der ein oder andere kennt Geschichten darüber oder hat es selber noch erlebt. Kleine eigenständige Ortschaften wurden zu größeren Einheiten zusammengelegt – dies nicht immer ohne Widerstand. In der Regel waren diese kleinen Orte sehr gut aufgestellt und haben eigenständig funktioniert. Geschuldet der damaligen Zeit, war dies noch möglich, würde aber in der heutigen Zeit nicht mehr funktionieren. Die Ortschaften wurden mit all ihrem Vermögen und teilweise auch Personal zusammengelegt. Es gab neue Parlamente und neue Bürgermeister/-innen. Interessant ist aber auch der Sachverhalt, dass ab dieser Zeit jener Gebietsreform die Kommunalverschuldung losging. Was ich damit sagen will – Grenzen verschwinden zwar auf Landkarten, aber in den Köpfen der Menschen überdauert dies mehrere Generationen. So höre ich heute immer noch ab und an hier in Laubach aus den Ortsteilen – das ist doch eigentlich unser Wald.

Ebenso der Tatsache geschuldet, dass wenn Sie mich als Bürgermeister einer ländlichen Kommune nach meinen Vermögenswerten fragen, würde ich antworten, dass die Doppik mir das zwar alles ausweist, ich aber mit meinen Vermögenswerten gar nichts anfangen kann. Wer kauft mir zum Beispiel eine Straße, mein Wassernetz, ein Bürgerhaus, einen Hochbehälter oder eine Feuerwehr ab. Ebenso sind nicht gerade die Sahnestückchen der landwirtschaftlichen Flächen bei all den ganzen Flurbereinigungen für uns als Kommune übriggeblieben. Kurzum, selbst wenn wir Gebäude besitzen, die in unserer Innenstadt liegen, kann ich dennoch keine Millionenwerte wie in Berlin, München oder Hamburg erzielen.

Was bleibt also noch übrig – natürlich, nicht „der“ sondern **unser** Wald. Denn Waldbesitz ist doch gerade in Hessen bei vielen Kommunen vorhanden. Bei der einen mehr, bei der anderen weniger. Aber warum gibt es dann nur einige wenige Kommunen, welche ihr Waldkapital richtig nutzen? Diese Fragestellung möchte ich gerne mit Ihnen genauer durchleuchten und komme zu folgenden Schlüssen:

1. Der Druck muss so groß sein, dass es sich überhaupt lohnt, darüber nachzudenken, so in Laubach vor über 20 Jahren geschehen. Der Gedanke war da, den Wald zu verkaufen, weil er nur noch rote Zahlen schrieb. In unserer Gemarkung befinden sich ca. 5000 ha Wald wobei ca. 2.000 ha der Stadt Laubach gehören. Ein Verkauf hätte bei der Bevölkerung, den Ortsteilen mit den dazugehörigen Jagdgenossenschaften einen Aufschrei bedeutet, der politisch nicht auszuhalten gewesen wäre.
2. Mut steht am Anfang jedes Handelns, gepaart mit Kreativität. Natürlich dürfen Fachleute dabei nicht fehlen und ein Gutachten wird benötigt.
3. Die politischen Akteure müssen an einem Strang ziehen. Mit zur Verschwiegenheit verpflichteten Mandatsträger bis hin ins Ministerium nach Wiesbaden wurden Wege gefunden, um ein Konstrukt zu schaffen, was seinesgleichen sucht: Eine Stiftung, die in den letzten zwanzig Jahren über 2,9 Mio. € für gemeinnützige Zwecke auf dem Gebiet der Stadt Laubach ausgeschüttet hat. Eine Stiftung die entstanden ist und dazu geführt hat, dass ein Jahr später die Zwangsbeförsterung durch Hessenforst für Kommunen gefallen ist.

In Zeiten von knappen Kommunalkassen, des Holzvermarktungskartells, der jetzigen Kalamitätssituation ist es eigentlich unverständlich, warum unser Modell keine Nachahmer gefunden hat. Hierfür kann ich Ihnen aber auch mit Stand hier und heute Gründe nennen, warum dies so ist.

Ich gehe hier auch numerisch vor:

1. Die Not ist immer noch nicht groß genug und der Wald schreibt meist noch eine schwarze Null. Auch wenn der Wald noch eine schwarze Null schreibt, dürfte spätestens jetzt durch die kaum mehr mögliche Holzvermarktung und die Kalamitätslage vielleicht ein Denkanstoß kommen. Für Aufforstung und der gleichen müssen Gelder bereitgestellt werden und dies aus städtischen Haushalten – wir haben dafür eine Waldrücklage gebildet und sind auch hierfür gewappnet.
2. Eine Stiftung wie unsere Stadtwaldstiftung zu gründen ist mit Aufwand verbunden, dies muss überparteilich geschehen. Ängste der Bürgerinnen und Bürger müssen ernst genommen werden. Ein vertrauensvoller Dienstleister muss gefunden werden und Menschen die fachlich für ein Kuratorium geeignet sind. Ebenso die Tatsache den waldbaulichen Aspekt vollkommen von der Politik zu lösen und den originären Stiftungszweck über einen politischen besetzten Vorstand zu gestalten. All dies macht viel Arbeit und wer soll das bei eh personell eng besetzten, kleinen Kommunen noch zusätzlich mitmachen. Da gibt es andere Themen um Wahlen zu gewinnen.
3. Hessenförster sitzen als stimmberechtigte Mitglieder in den einzelnen Gemeinde- und Stadtparlamenten. Waldarbeiter nutzen Mitgliedschaften bei den Parteien für Ihre Einflussnahme – bitte verstehen Sie mich hier nicht falsch, dies ist durchaus legitim. Verhehlen will ich an dieser Stelle auch nicht, dass durch die Gründung der Stadtwaldstiftung und der Nichtvorhaltung von eigenem Personal Menschen bei Hessenforst umgesetzt werden mussten und die Stadt auch nicht für alle Beschäftigten einen weiteren Job anbieten konnte. Hier setzt sich natürlich jeder für die Erhaltung seines eigenen Jobs ein.

4. Der Hauptgrund ist aber meiner Meinung nach der, dass eigentlich fast keine Kommune weiß, was man mit dem Wirtschaftsgut Wald überhaupt verdienen kann!? Auch dies mag unterschiedlichste Gründe haben. Man hat A keine eigenen Fachleute und B vertraut man der Bewirtschaftung durch Hessenforst. Ein unabhängiges Gutachten erstellen zu lassen, kostet Geld und die eben genannten Gründe treten ein oder ich muss mich mit diesen beschäftigen, was erheblich mehr Arbeitseinsatz aller Beteiligten birgt. Also lässt man es einfach so weiterlaufen, weil es schon immer so war und weil es einfach vor sich hin plätschert.

Und hier passt folgender Spruch eigentlich ganz gut: Wer etwas will, sucht Wege, wer etwas nicht will, sucht Gründe. Diese eben genannten Gründe habe ich mir nicht einfach zusammengereimt oder ausgedacht, sondern ich habe diese bei vielen Gesprächen immer wieder wahrgenommen. Es besteht aber dennoch kein Anspruch auf eine Vollzähligkeit bzw. Richtigkeit dieser Aufzählungen.

Ebenso kann es weitere Gründe geben, die in der Größe des Waldes, der Bestockung sowie regionale Gegebenheiten wie Markwälder betreffen.

Zurück zu uns – ich will nicht sagen, dass wir alles besser machen als andere, aber wir sind in Teilen unserer Zeit voraus und machen es halt anders.

Das Thema „Kartellrecht“ und „Holzvermarktung durch Hessenforst“ betrifft uns nicht, da wir als Privatwald gelten und einen eigenen Dienstleister hierfür haben.

Das Damoklesschwert zum Thema „Flächenstilllegung“ aus Naturschutzgründen ist ebenfalls an uns vorübergegangen. Wir vereinen schon seit 2 Jahrzehnten den Naturschutz und die Bewirtschaftung im Stadtwald und haben auf 6 % (108 ha) Naturschutzmaßnahmen (auch Stilllegungen) durchgeführt und uns über den Verkauf von Ökopunkten einen Ausgleich dafür gesichert. Insgesamt wurden uns dafür knapp 13 Mio. Ökopunkte gutgeschrieben, davon sind 9 Mio. Ökopunkte verkauft. Die restlichen Ökopunkte sind fast komplett für den Ausgleich von Umweltschäden reserviert. Das erzielte Geld haben wir nicht für Stiftungszwecke ausgegeben, sondern es ist als Eigenkapital ausgewiesen und steht auch physisch z.B. für Waldkäufe zur Verfügung. Bei der anhaltenden Niedrigzinsphase und Strafzinsen ärgerlich. Wer also Wald verkaufen möchte – sprechen Sie uns an.

Weiterhin und das ist meines Erachtens auch ein Novum wenn ich an Kommunalwald denke: Bei der aktuellen Kalamitätslage und wenn unserer Fichten sich nun auch endgültig verabschieden, haben wir mit 623 TEUR eine Waldrücklage geschaffen, die ebenfalls monetär vorhanden ist. Kommunalwaldbesitzer müssten wie eben bereits erwähnt für die Bewältigung der Kalamitätsfolgen (z.B. Aufforstungen, Pflege etc.) Gelder in den eh unterfinanzierten Haushalt einstellen und sich ggf. neu verschulden.

Ich könnte jetzt auch noch darauf eingehen wie der Kommunalwald in der Doppik bewertet ist und welche Preise mittlerweile am Markt für Wald erzielt werden. Dies ist auch nicht zu unterschätzen, wird sich aber in den nächsten Jahren nach unten angleichen.

Sie sehen also, wir waren in der Vergangenheit unserer Zeit voraus und sind für die Zukunft richtig aufgestellt. Wir haben unser Potenzial im Wald gehoben, dabei keinen Raubbau betrieben sondern streng nach unseren Wirtschaftsplänen und Forsteinrichtungswerk gearbeitet.

Gerade Kommunalwald hat Potenzial, man muss sich nur damit beschäftigen.

Für Nachahmer ist die Zeit jetzt eigentlich gekommen – wir stehen gerne für Gespräche zur Verfügung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.